

Die Ergebnisse der Wahl in Mecklenburg-Vorpommern am 04. September 2011 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	2
II.	Das Parteien- und Wahlsystem in Mecklenburg-Vorpommern.....	7
	a) Das Parteiensystem in Mecklenburg-Vorpommern bis zur Landtagswahl 2011	7
	b) Perspektiven rot-roter Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern	9
	c) Das Wahlsystem Mecklenburg-Vorpommerns	12
	d) Erneut zwei Regierungsoptionen für die SPD	12
III.	Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	14
	a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“	14
	b) Mehrheitlich Zufriedenheit mit der Landesregierung / Keine Wechselstimmung ...	15
	c) Parteienkompetenzen.....	16
	d) Das Image der Parteien.....	17
	e) Die wichtigsten Probleme in MV / Wahlentscheidende Themen	18
	f) Wahlentscheidende Themen und Wahlmotive der NPD-Wähler/-innen	20
IV.	Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen	20
	a) Das Ergebnis der Landtagswahl 2011 im Wahlvergleich / Wahlentscheidung	20
	b) Auswirkungen auf den Bundesrat.....	21
V.	Erste Analyse der Wahlergebnisse.....	23
	a) Die Wähler/-innenwanderung	23
	b) Wer wählte wen?.....	24
VI.	Die Landtagswahl 2011 im Spiegel der Wahlkreisergebnisse.....	25
	Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt.....	29

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahl in MV am 04.09.2011

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2011					
			SPD	CDU	LINKE	FDP	Grüne	NPD
MV	%	51,1	35,7	23,1	18,4	2,7	8,4	6,0
	Sitze	71	28	18	14	-	6	5
Vorherige Landtagswahl								
MV	%	59,1	30,2	28,8	16,8	9,6	3,4	7,3
	Sitze	71	23	22	13	7	-	6
Veränderung gegenüber der vorherigen Landtagswahl								
MV	%	-8	5,5	-5,7	1,6	-6,9	5,0	-1,3
	Sitze	+ 0	5	-4	1	-7	6	-1

Angaben jeweils ohne den Wahlkreis Rügen I. Vorläufiges Ergebnis, Stand 01:53 Uhr 05.09.2011

Die **Wahlbeteiligung** bei der Landtagswahl 2011 erreichte mit 52% den niedrigsten Wert seit 1990. Dabei ist zu beachten, dass die Wahlen 1994 bis 2002 parallel zu Bundestagswahlen stattfanden und somit quasi naturgemäß höhere Wahlbeteiligungen zu vergegenwärtigen waren. Im Vergleich zur vergangenen Landtagswahl 2006, die ebenfalls eine reine Landtagswahl war, sank die Beteiligung um rund 7%.

Ein allgemeiner Trend zu absinkenden Wahlbeteiligungen bei Landtagswahlen lässt sich aus diesen Werten nicht formulieren. Denn die Wahlen in Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg in diesem Jahr zeigten, dass auch bei Landtagswahlen zum Teil spürbare Anstiege bei der Wahlbeteiligung möglich sind. In Baden-Württemberg lag die Wahlbeteiligung, gestützt auf die ausgeprägte Wechselstimmung mit 66,2% um rund 13% höher als 2006. In Sachsen-Anhalt stieg die Wahlbeteiligung 2011 auf 51,2% im Vergleich zu 44,4% im Jahre 2006.

Statt eines Begründungszusammenhangs, der die geringe Wahlbeteiligung in mangelndem demokratischen Pflichtbewusstsein der Wahlberechtigten in MV zu erklären sucht, könnte es sich als lohnenswert erweisen, einige Erkenntnisse aus den Vorwahlbefragungen für die Bestimmung der Ursachen der geringen Wahlbeteiligung heranzuziehen. 50% der von Infratest-dimap Befragten äußerten die Auffassung, dass die aktuelle Lage in Mecklenburg-Vorpommern „Grund für Zuversicht“ bietet, während 44% „Grund zur Beunruhigung“ sahen.

Die Lage der Bundesrepublik beurteilten die Wahlberechtigten in MV zu knapp zwei Dritteln negativ und damit deutlich schlechter als die Lage im Land. Nur 32% sehen auf Bundesebene Grund zur Zuversicht, 60% dagegen Grund zur Beunruhigung.

Zwar schätzten mit 29% der von Infratest-dimap Befragten auf den ersten Blick vergleichsweise wenig Wahlberechtigte die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im Nordosten positiv ein, während 69% sie als weniger gut bzw. schlecht bewerteten. Der erste Anschein trügt hier jedoch, denn zu keinem Zeitpunkt seit 1998 wurde die Wirtschaftslage so optimistisch beurteilt. Bei der Landtagswahl 2002 beurteilten mit über 80% der Befragten die Wirtschaftslage als negativ und unter 10% positiv.¹

Eine mit Ausnahme der FDP bei den Anhänger/-innen aller relevanten Parteien im Nordosten verbreitete Zustimmung zur Forderung der Einführung von Mindestlöhnen, die seitens

¹ <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/mecklenburg-vorpommern/laendertrend/2011/august>.

der SPD zu den Kernforderungen im diesjährigen Landtagswahlkampf gehörte, prägt die Grundstimmung der Wahlberechtigten in Mecklenburg-Vorpommern ebenso wie die große Zufriedenheit mit der Landesregierung, die sich insbesondere aus der Zufriedenheit mit dem Ministerpräsidenten Erwin Sellering und in zweiter Linie zur SPD speist, während die CDU von dieser Grundstimmung überhaupt nicht profitieren kann.

Legt man diese Werte zugrunde, kann die Annahme formuliert werden, dass die geringe Wahlbeteiligung bei dieser Landtagswahl weniger der Ausdruck einer demokratischen Abstinnenz der Bürger/-innen ist, sondern vielmehr Ergebnis einer rationalen Entscheidung der Wahlberechtigten im Nordosten, die mit der politischen Entwicklung im Land insgesamt einverstanden sind, kein Bedürfnis nach einem grundsätzlichen politischen Wechsel im eigenen Bundesland verspüren und zudem wissen, dass sie ihrer Unzufriedenheit mit den im Bund regierenden Parteien durch ihr Landtagswahlverhalten nicht Rechnung tragen können.

Die **SPD** erreicht mit 35,7% einen Zuwachs von 5,5% und behauptet sich erneut als stärkste Partei im Land. Ihre Zugewinne verdankt sie insbesondere ihrem Spitzenkandidaten, dem Ministerpräsidenten Erwin Sellering, der bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten im Duell mit seinem CDU-Herausforderer und amtierenden Innenminister Caffier mit 74% zu 14% eindeutig als Sieger hervorgegangen wäre. Selbst CDU Anhänger/-innen hätten bei einer Direktwahl nur mit 48% für Caffier und mit 43% für Sellering gestimmt. 79% waren mit der Arbeit von Sellering zufrieden. Bei den SPD-Anhänger/-innen vertraten 97% die Auffassung, dass Sellering seine Arbeit gut mache, bei den Anhänger/-innen der anderen Parteien erreichte Sellering Werte von 78% (CDU), 83% (LINKE) und 80% (Grüne).²

Wie bei den Wahlen seit 1998 hat sie die Wahl zwischen einem Bündnis mit der CDU bzw. einem Linksbündnis. Am Wahlabend machte sie deutlich, dass sie sowohl mit der LINKEN als auch mit der CDU ernsthaft zu sondieren bereit ist. Angesichts einer jeweils komfortablen Regierungsmehrheit wurden keine Vorfestlegungen wie nach der Landtagswahl 2006, als angesichts der äußerst knappen Mehrheit von nur einer rot-roten Stimme vor einem „Heide-Simonis-Effekt“ gewarnt wurde³, getroffen.

DIE LINKE verbessert ihr Wahlergebnis erneut in kleinen Schritten. Mit 18,4% liegt sie zwar immer noch deutlich hinter den früheren Landtagswahlergebnissen von 1994 und 1998, aber sichtbar vor dem Wert von 16,4% der Landtagswahl 2002. Gegenüber den elf Vorwahlforschungen seit Januar 2011, bei denen DIE LINKE im Gesamtdurchschnitt 17,5% erhielt, gelingt ihr eine leichte Verbesserung.

Ihre Wähler/-innenschaft kann sie angesichts der gesunkenen Wahlbeteiligung überdurchschnittlich mobilisieren, denn der Rückgang ist weniger stark als die Wahlbeteiligung insgesamt. Neue Wähler/-innenschichten erschließt sie jedoch nicht, sondern liegt insbesondere bei den Arbeitslosen zu und erreicht in dieser Gruppe die zweithöchste Zustimmung nach der SPD. Im Ergebnis stagniert die Partei.

Dass es der LINKEN mit ca. 123.000 Wähler/-innen (ohne den Wahlkreis Rügen II) im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, bei der ca. 251.500 Wahlberechtigte für die LINKE stimmten, spürbar weniger gelingt, Wähler/-innen zur Stimmabgabe zu motivieren, dürfte an drei Gründen liegen:

- Angesichts der fehlenden Wechselstimmung und des großen Zuspruchs für die SPD hatte es DIE LINKE schwer, aus der Opposition heraus deutlich zu machen, weshalb ein Regierungswechsel bzw. eine Abkehr der SPD von der CDU zwingend erforderlich sei.
- Betrachtet man die Wahlergebnisse von SPD und LINKEN bei der Bundestagswahl und der Landtagswahl verhalten sich beide Parteien indirekt proportional zueinander. Mit

² <http://wahlarchiv.tagesschau.de/flash/index.shtml?wahl-2011-09-04-LT-DE-MV>.

³ <http://www.tagesspiegel.de/politik/angst-vor-dem-simonis-effekt/753850.html>.

16,6% liegt die SPD weit hinter der LINKEN (29%) zurück. Als Transporteur der Interessen der nordostdeutschen Wähler/-innen scheint DIE LINKE im Vergleich zur SPD besser geeignet zu sein, während ihr landespolitisch eine nachrangige(re) Position zugewiesen wird.

- Gleichzeitig kann angenommen werden, dass das Gesamtbild, dass DIE LINKE derzeit abgibt das Wahlergebnis der LINKEN determiniert hat. So ermittelte Infratest-dimap, dass 70% der Befragten die Auffassung vertreten, DIE LINKE „ist zu zerstritten um ernsthaft Politik mitgestalten zu können“. Sollte DIE LINKE in eine Regierung mit der SPD eintreten, dürfte die Rückgewinnung entsprechenden Vertrauens in die politische Gestaltungsfähigkeit und –bereitschaft der LINKEN bei den Bürger/-innen im Land zu einer wesentlichen Aufgabe gehören.

Die **CDU** und die **FDP** sind die Verlierer dieser Landtagswahl. Die Nordost-CDU, Heimatlandesverband der Kanzlerin Merkel, rutscht auf 23,2%. Dies ist das schlechteste Wahlergebnis in der Geschichte der Nordost-CDU, die mit Ausnahme der Landtagswahl 2002 (+1,4%) seit 1990 bei jeder Landtagswahl an Stimmenanteil verliert. Aus dem Regierungsbündnis mit der SPD kann sie keinen Gewinn ziehen und auch vom schlechten Abschneiden der FDP nicht profitieren. In den Kompetenzwerten liegt die Union auf allen Feldern hinter dem größeren Koalitionspartner. Führte sie im Kompetenzfeld „Wirtschaftspolitik“ in den Umfragen von Infratest-dimap noch im April und Juni 2011 gegenüber der SPD, liegt diese bei den Wähler/-innen am 04.09.2011 vorn.

Der christdemokratische Koalitionspartner auf Bundesebene, die FDP, wird nach nur fünf Jahren wieder aus dem Schweriner Landtag hinaus gewählt. Mit 2,8% sinken die Liberalen auf den zweitschlechtesten Wert seit 1990.

Sowohl die CDU als auch die FDP dürften Opfer der bundespolitischen Performance ihrer jeweiligen Parteiorganisationen sein. Wie bei der LINKEN ermittelte Infratest-dimap auch für die FDP die Aussage, dass die Partei zu zerstritten sei, um ernsthaft Politik zu gestalten. Hinzu kommt, dass die Liberalen nach Aussage der von Infratest-dimap Befragten gute Politiker an der Spitze fehlen.

Im Hinblick darauf, dass mit 35% die soziale Gerechtigkeit das wahlentscheidende Thema darstellte, gefolgt von der Wirtschaftspolitik (32%) sowie der Arbeitsmarktpolitik (29%) dürften die von Infratest-dimap ermittelten Aussagen der Wahlberechtigten, dass die CDU „die Interessen der Arbeitnehmer vernachlässige“ (72%) und „nicht mehr verlässlich für Wohlstand und Sicherheit“ Sorge (67%) wesentliche Bestimmungsgründe für ihr schlechtes Abschneiden sein.

Lorenz Caffier, dem 49% der Befragten bescheinigten, der falsche Spitzenkandidat für die CDU zu sein, sprach sich für eine Fortsetzung des rot-schwarzen Bündnisses aus und lehnte persönliche Konsequenzen aus dem Wahlergebnis ab. Bis zum Abschluss der Sondierungsgespräche dürfte sich daran nichts ändern. Im Falle eines rot-roten Regierungsbündnisses dürfte die Personalfrage in der Landes-CDU neu gestellt werden.

Die **Grünen** ziehen erstmals in den Landtag ein. Mit einem Ergebnis von 8,4% erreicht die Partei ihr bestes Ergebnis in Ostdeutschland (ohne Berlin) überhaupt. Die Partei ist damit erstmals seit 1990 in allen Landtagen Ostdeutschlands (vgl. nachstehende Tabelle) und der Bundesrepublik überhaupt vertreten.

Tabelle: Wahlergebnisse von Bündnis 90/Die Grünen in Ostdeutschland seit 2009 (in %)

Brandenburg `09	Thüringen `09	Sachsen `09	Sachsen-Anhalt `11	Mecklenburg-Vorpommern `11
5,7	6,2	6,4	7,1	8,4

Quelle: Bundeswahlleiter / Eigene Zusammenstellung

Dieses Ergebnis nur dadurch zu erklären, dass die Grünen eine bundespolitisch „geborgten“ Erfolg im Land verzeichnen können, würde zu kurz greifen. Vielmehr kann angenommen werden, dass ihr Wahlerfolg auf dem Zusammenspiel folgender Aspekte beruht:

- In Folge des bundespolitischen Bedeutungszugewinns der Grünen können sich mehr und mehr Wähler/-innen diese Partei auch als landespolitische Größe vorstellen. 70% der von Infratest-dimap Befragten befürworteten vor der Wahl, einen Einzug der Partei in den Landtag. Mit 65% erreichen sie den zweithöchsten Wert bei der Frage, welche Partei zum Mecklenburg-Vorpommern passt.⁴
- Die Grünen sind derzeit besser als andere Parteien in der Lage, eine vorhandene gesellschaftliche Grundstimmung zu artikulieren. Ihnen wird zugesprochen, früher als andere wichtige Probleme erkannt zu haben und glaubwürdig zu sein („Man weiß genau wofür sie stehen). Jeweils 58% der befragten Wahlberechtigten in MV bejahten dies im Vorfeld der Landtagswahl 2011.
- In einzelnen Wahlkreisen Rostocks, in Schwerin, Wismar, Stralsund und Greifswald sowie in den stadtnahen Landkreisen Mecklenburgs erreichen die Grünen überdurchschnittliche, in Rostock III, Stralsund II und Greifswald sogar zweistellige Ergebnisse. Ebenfalls bei den Jung- und Erstwähler/-innen schneiden die Grünen überproportional ab und liegen vor den anderen Parteien.

Ebenso wie in Sachsen 2009 gelingt der **NPD** trotz gesunkener Zustimmung der Wiedereinzug in den Landtag. Eine weniger stark absinkende Wahlbeteiligung hätte – wie in Sachsen-Anhalt – die parlamentarische Vertretung der NPD verhindern können. Die insbesondere im östlichen Vorpommern ausgeprägte strukturelle Verankerung der Partei wäre damit freilich ebenso wenig beendet wie die Notwendigkeit, den insbesondere männlichen arbeitslosen Jungwählern eine Perspektive zu bieten, die sukzessive auch im Wahlverhalten eine Entsprechung findet.

Die NPD gewinnt wie 2006 vor allem bei männlichen Arbeitern und Arbeitslosen, vorwiegend mit Hauptschulabschluss. Die Motive ihrer Wähler/-innenschaft deuten auf eine Verfestigung in der Anhängerschaft hin. NPD zu wählen ist in gleichem Maße eine Denkmittel-Wahl für andere Parteien wie eine Folge der konkreten Arbeit der NPD vor Ort. Dabei dürften vor allem vormalige „Denkmittel“-Wähler unter den 18.000 Abwanderern zu den Nichtwählern gewesen sein. Als Gründe für die Stimmabgabe zugunsten der NPD ermittelten die Forschungsinstitute die Integrations- bzw. Ausländerpolitik und des Erleben von Abwanderung und Niedergang in den ländlichen Regionen. Entsprechend hoch ist mit 62% der Anteil derjenigen Wähler/-innen, die sich als Verlierer der Entwicklung im Land sehen.

Das regionale Gefälle unterstreicht den Zusammenhang zwischen ökonomischer Perspektivlosigkeit und NPD-Stimmabgabe. Im ökonomisch schwächeren Landesteil Vorpommern erzielt die NPD in den früheren Landkreisen Ostvorpommern (10,4%, 11,3%) und Uecker-Randow (15,4%, 12,0%) zweistellige Ergebnisse. In den Wahlkreisen Demmin I und II, Nordvorpommern II und II erreicht sie Werte von 7,9% (Demmin I) bzw. jeweils über 6%. In den anderen Landesteilen bleibt sie mit Ausnahme der westlichen ländlichen Wahlkreise Ludwigslust I (8,3%), Ludwigslust II und III (>6%) und Mecklenburg-Strelitz III – Müritz II (7,0) unterhalb von 6%.

Unmittelbare **bundespolitischen Wirkungen** dürften vom Wahlausgang im Nordosten nicht ausgehen. Vielmehr verfestigen sich die Trends des Wahljahres 2011.

Die schwarz-gelbe Bundeskoalition erodiert landespolitisch. Zwar drückt sich dies nicht immer in Bundesratsstimmen aus und wird deshalb auch nicht jedes Mal unmittelbar bundespolitisch wirksam, doch sind die Ergebnisse gleichwohl bemerkenswert, wie nachstehende Tabelle zeigt.

⁴ <http://wahlarchiv.tagesschau.de/flash/index.shtml?wahl-2011-09-04-LT-DE-MV>.

Tabelle: Ergebnisse von CDU und FDP bei den Wahlen 2011 im Vergleich zur vorhergehenden Wahl (in %)

	HH		ST		RP		BW		HB		MV	
	`11	`08	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06
CDU	21,9	-20,7	32,5	-3,7	35,2	2,4	39,0	-5,2	20,4	-5,2	23,2	-5,6
FDP	6,7	1,9	3,8	-2,9	4,2	-3,8	5,3	-5,4	2,4	-3,6	2,8	-6,8

Quelle: www.wahlrecht.de / Eigene Zusammenstellung

Die Liberalen haben bei den bisher sechs Landtagswahlen dieses Jahres ein Landesparlament hinzugewonnen (HH), eins knapp verteidigt (BW) und mussten ihre parlamentarische Repräsentanz in vier Ländern aufgeben. In Berlin droht der Verlust eines weiteren Landtages.

Zu Beginn des Jahres stellte die Union in Hamburg und Baden-Württemberg noch die Ministerpräsidenten, zwischenzeitlich regiert an der Wasserkante die SPD mit absoluter Mehrheit und im Südwesten löste der erste grüne Ministerpräsident den CDU-Amtsinhaber ab. Damit gingen mehr als 50 Jahre ununterbrochene Regentschaft der CDU zu Ende. In Bremen wiederum verliert die CDU den zweiten Platz im Parteiensystem und rutscht hinter die Grünen auf Platz drei. Gleiches Ungemach droht bei der Abgeordnetenhauswahl in Berlin.

Bis auf die Tatsache, dass die SPD in Hamburg die absolute Mehrheit gewinnen und aufgrund der Stärke der Grünen in Baden-Württemberg bei Stimmenverlusten als Juniorpartner mitregieren kann, ist das Wahljahr 2011 für die Sozialdemokratie bei Weitem keine Erfolgsgeschichte. In Rheinland-Pfalz verliert sie knapp zehn Prozent und die absolute Mehrheit, in Sachsen-Anhalt und Bremen stagniert sie, während die Grünen deutlich zulegen. Allein im Nordosten gelingt neben Hamburg ein spürbarer Zugewinn.

Tabelle: Ergebnisse der SPD bei den Wahlen 2011 im Vergleich zur vorhergehenden Wahl (in %)

	HH		ST		RP		BW		HB		MV	
	`11	`08	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06	`11	`06
SPD	48,4	14,3	21,5	0,1	35,7	-9,9	23,1	-2,1	38,6	1,9	35,7	5,5

Quelle: www.wahlrecht.de / Eigene Zusammenstellung

Bereits bei der Analyse der Landtagswahl in NRW 2010 formulierten wir: *„Die SPD geht bei dieser Wahl als gefühlte Siegerin, tatsächlich jedoch als Scheinriese durchs Ziel. (...) Das kann zur Verbesserung der innerparteilichen Stimmungslage beitragen“*.⁵

Die FAZ kommt in der Betrachtung der SPD nach der Landtagswahl im Nordosten zu einer gleichen Bewertung, wenn sie formuliert: *„Aus der Ferne sieht mal der eine, mal der andere (gemeint sind Steinbrück, Steinmeier, Gabriel – d.A.), derzeit vor allem Peer Steinbrück, mit Hilfe der Medien so aus wie ein furchteinflößender Riese. Wenn sie aber näher kommen, schrumpfen sie im Dunst der Umfragen auf Normalmaß. (Ihren) aufflackernden Siegesnimbus verdankt die SPD allerdings der jeweiligen Schwäche ihrer alten Volksparteikonkurrentin, der CDU, und dem Geschenk der Krise der Linkspartei.“*⁶

Andererseits, so fügt der FAZ-Autor, Jasper von Altenbockum, hinzu, waren die Perspektiven der SPD aber schon schlechter. *„Anders als vor der Bundestagswahl des Jahres 2009 kann sie sich an der Seite blühender Grüner wieder eine Machtoption ausrechnen. (...) Im Wahlkampf von 2009 fehlte ihr eine solch tragfähige Option.“*⁷

⁵ <http://wahlanalysen.wordpress.com/2010/05/10/die-wahl-in-nordrhein-westfalen-vom-09-mai-2010/>.

⁶ Jasper von Altenbockum 2011, Die Scheinriesen der SPD: <http://www.faz.net/artikel/C30089/zwischen-den-wahlen-die-scheinriesen-der-spd-30496990.html>.

⁷ von Altenbockum, a.a.O., ebd..

II. Das Parteien- und Wahlsystem in Mecklenburg-Vorpommern

a) Das Parteiensystem in Mecklenburg-Vorpommern bis zur Landtagswahl 2011

Legt man das Kräfteverhältnis der Parteien anhand der bei den Landtagswahlen errungenen Ergebnisse zugrunde, dominieren SPD, CDU und LINKE, vormals PDS, das parlamentarische System im nördlichsten der ostdeutschen Bundesländer.

Auch wenn seit der Landtagswahl 2006 erstmals seit 1994 wieder mehr als diese drei Parteien im Landtag vertreten sind, und das ostdeutsche „Drei-Parteien-System“ als endgültig obsolet betrachtet werden kann, hat sich an den Koalitionsoptionen im Schweriner Schloss, dem Landtag Mecklenburg-Vorpommerns, seit 1994 nichts geändert. Die Koalitionsbildung hängt ab von der Präferenz der SPD gegenüber der CDU oder der LINKEN. Eine Koalition gegen die SPD kann nicht gebildet werden – aufgrund der eingeschränkten Koalitionsoptionen von CDU und LINKEN, die eine Koalition miteinander naturgemäß ausschließen sowie dem Mangel an weiteren hinreichend koalitionsfähigen, also mit ausreichend Mandaten ausgestatteten weiteren Parteien. Während in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt also Koalitionen jenseits der drei klassischen ostdeutschen Parteien praktiziert werden oder denkbar sind wirkt die ostdeutsche tripolare Prägung des Parteiensystems in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern noch nach.

Tabelle: Landtagswahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern von 1990 bis 2006 (Zweitstimmenanteil)

Wahl	CDU		SPD		PDS/LINKE		FDP		Grüne		Sonstige <5%	
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
1990	38,3	29	27,0	21	15,7	12	5,5	4	6,4*	-	-	-
1994	37,7	30	29,5	23	22,7	18	3,8	-	3,7	-	-	-
1998	30,2	24	34,3	27	24,4	20	1,6	-	2,7	-	-	-
2002	31,4	25	40,6	33	16,4	13	4,7	-	2,6	-	-	-
2006	28,8	22	30,2	23	16,8	13	9,6	7	3,4	-	NPD (7,3)	6

* Summe der Stimmenanteile von Bündnis 90 und den Grünen, die unabhängig voneinander antraten. / eigene Darstellung

Wie die vorstehende Tabelle zeigt, zogen bei der ersten Landtagswahl am 14. Oktober 1990 vier Parteien in den Landtag ein. Die bis 1998 an Wählerinnen und Wählern stärkste Partei, die CDU, entschied sich, analog zu Sachsen-Anhalt und Thüringen, für die Bildung einer denkbar knappen schwarz-gelben Landesregierung. Denn der Landtag, der damals aus 66 Abgeordneten bestand, vergegenwärtigte ein Patt aus jeweils rechnerisch 33 Mandaten für schwarz-gelb bzw. rot-rot. Nur durch den Wechsel eines SPD-Abgeordneten in das schwarz-gelbe Lager wurde die Regierungsbildung unter CDU-Führung möglich.

Nach diesem bereits schwierigen Start stand, ähnlich wie in Magdeburg, auch das erste schwarz-gelbe Kabinett in Schwerin unter keinem guten Stern. Nur achtzehn Monate hielt der Ministerpräsident Gomulka die Querelen in seiner eigenen Partei aus, bevor er das Handtuch warf und durch Berndt Seite ersetzt wurde.⁸

Auch wenn die CDU bei der Landtagswahl 1994 – bislang letztmalig – stärkste Partei wurde, war sie in ihrer Koalitionsentscheidung nicht mehr frei. Durch den Verlust der parlamentarischen Vertretung ihres Koalitionspartners FDP, blieb ihr nichts weiter übrig, wollte sie weiterhin die Regierung stellen, als mit der SPD zu koalieren, die bereits damals unter Harald Ringstorff mit einem rot-roten Bündnis liebäugelte.

⁸ Karsten Grabow 2008, Das Parteiensystem in Mecklenburg-Vorpommern, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden, S. 268.

Dieser Regierungswechsel kam 1998 zustande. Profitierte die CDU vier Jahre zuvor noch von der Gleichzeitigkeit der Bundestags- und Landtagswahlen und der Aufholjagd Kohls gegenüber dessen SPD-Herausforderer Scharping, erlitt sie im Kielwasser des Niedergangs von Kohl 1998 auch im Nordosten Schiffbruch. Mit einem Verlust von 7,5% der Zweitstimmen verlor sie zudem die Rolle der stärksten Partei und im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen von SPD und PDS auch ihre Regierungsfunktion. Die PDS hingegen errang auf Bundesebene nicht nur erst- und einmalig über 5% und konnte als eigenständige Fraktion in den deutschen Bundestag einziehen, sondern sie erreichte in Mecklenburg-Vorpommern mit 24,4% der abgegebenen Zweitstimmen ihr bislang höchstes Stimmenergebnis bei einer Landtagswahl.

Solchermaßen gestärkt konnten SPD und PDS gegen erheblichen bundespolitischen Widerstand erstmals ein rot-rotes Regierungsbündnis bilden, das 2002 – trotz eines dramatischen Rückgangs der PDS-Stimmen auf 16,4% – fortgesetzt wurde. Trennten SPD und PDS im Jahre 1998 ungefähr 10% der Zweitstimmen, so vergrößerte sich der Abstand zwischen den beiden Parteien vier Jahre später auf 24,2%. Die PDS nahm nunmehr objektiv die Rolle des kleineren Regierungspartners ein. Die CDU konnte sich leicht auf etwas mehr als 31% verbessern, ohne ihre Rolle als Regierungsreserve im Wartestand verändern zu können.

Die Landtagswahlen von 2006 stellten in mehrfacher Hinsicht eine signifikante Veränderung dar:

- Dem zwischenzeitlich als Linkspartei.PDS firmierenden kleineren Koalitionspartner gelang es zwar, im Wesentlichen sein Wahlergebnis von 2002 zu halten und leicht zu verbessern, doch reichte es mit einer SPD, die gegenüber dem vorhergehenden Wahlergebnis einen Verlust von 10% zu verkraften hatte, nicht mehr zu einer krisenfesten Regierungsmehrheit.
- Mit dem Wiedereinzug der FDP und dem erstmaligen Einzug der NPD in den Landtag wurde das tripolare Parteiensystem aufgebrochen, auch wenn eine stabile neue Parteienstruktur im Nordosten dadurch noch nicht entstand.
- Mit der NPD zog 2006 erstmals eine rechtsextreme Partei in den Schweriner Landtag ein. In drei der sechs ostdeutschen Landtage waren damit rechtsextreme Fraktionen vertreten (2 x NPD – Sachsen und MV und 1 x DVU - Brandenburg). Der Wahlkampfleiter in Mecklenburg-Vorpommern und sächsische Fraktionsvorsitzende Holger Apfel sah die NPD nunmehr *"in der Mitte der Gesellschaft angekommen"* und erklärte *"Wir werden in den kommenden Jahren Stück für Stück Bundesland für Bundesland erobern. Gemeinsam mit der Achse Schwerin-Dresden wird es uns gelingen, die Republik aufzurollen."*⁹

Angesichts dessen, dass die DVU seit der Landtagswahl in Brandenburg 2009 nicht mehr im Potsdamer Landtag vertreten ist und auch die Sachsen-Anhalt-Wahl 2011 keine weitere Parlamentsvertretung der beiden mittlerweile zur NPD fusionierten beiden rechtsextremen Parteien hervorbrachte, können die zitierten Annahmen aus dem Jahre 2006 getrost als überholt betrachtet werden.

Gleichzeitig zeigt die NPD im Nordosten ebenso wie in Sachsen, über welche Möglichkeiten gut organisierte politische Parteien der Rechten in Regionen verfügen, die durch Strukturchwäche, hohe Arbeitslosigkeit in Verbindung mit starker Abwanderung aufgrund beruflicher Perspektivlosigkeit und einen damit verbundenen Mangel an präsenten zivil- und bürgergesellschaftlicher Institutionen sowie vergleichsweise schwächeren Strukturen der etablierten Parteien, gekennzeichnet sind.

In Anlehnung an eine bekannte norddeutsche Bierwerbung könnte bezogen auf die Mitgliederentwicklung der Parteien in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt formuliert werden: „Wie

⁹ vgl. Benjamin-Immanuel Hoff 2006, Landtags- und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Niedersachsen. Wahlbericht und erste Analyse, <http://www.benjamin-hoff.de/article/2756.landtags-und-kommunalwahlen-in-mecklenburg-vorpommern-berlin-und-niedersachsen.html>

das Land so die Parteien“. Alle Parteien im Nordosten geben nach Aussage des Norddeutschen Rundfunks (NDR)¹⁰ an, an einer Überalterung zu leiden und von Abwanderung betroffen zu sein. Allein die Grünen können nach NDR-Angaben auf eine spürbar positive Mitgliederentwicklung verweisen, während die restlichen vier Parteien eine stagnierende oder sinkende Mitgliederzahl vergegenwärtigen müssen, wie nachstehende Tabelle zeigt.

Tabelle: Landtagswahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern von 1990 bis 2006 (Zweitstimmenanteil)

Jahr	SPD	CDU	LINKE	FDP	Grüne	NPD
2008	2.794	6.047	5.833	1.006	307	k.A.
2011	2.802	6.013	5.460	1.050	444	ca. 400

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, NDR / Eigene Angaben der Parteien bzw. Angaben des LfV für die NPD / eigene Zusammenstellung

Von dieser Entwicklung ist insbesondere die frühere PDS betroffen. Startete sie nach der Transformation von der SED zur PDS mit ca. 33.000 Mitgliedern als mitgliederstärkste Partei in die Nachwende-Zeit¹¹, sank diese Mitgliederzahl bis zum Jahr 2000 auf rund 9.450¹², um zwischenzeitlich auf ca. 5.450 Mitglieder abzuschmelzen. Die heutige LINKE ist damit die an Mitgliedern zweitstärkste Partei im Nordosten.

b) Perspektiven rot-roter Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern

Anders als in den anderen ostdeutschen Ländern war und ist die Bildung einer rot-roten Landesregierung im Nordosten spätestens seit 1994 rechnerisch möglich. 1990 herrschte ein Patt zwischen schwarz-gelb und einem rechnerischen rot-roten Bündnis. Dass ein solches Bündnis erst acht Jahre später erstmals in Mecklenburg-Vorpommern erprobt wurde, ist somit einerseits nachvollziehbar und andererseits Ergebnis des bis dahin sich entwickelnden SPD-internen Diskurses um die (Un)Möglichkeit eines solchen Experimentes.

Auch Harald Ringstorff, der mit Helmut Holter als der Gründungsvater dieses Bündnisses gilt, nahm, wie Grabow darstellt,¹³ hinsichtlich einer Koalition aus SPD und PDS eine ambivalente Haltung ein.

Einerseits unterzeichnete er 1994 die sogenannte Dresdner Erklärung der ostdeutschen Landes- und Fraktionsvorsitzenden und des damaligen SPD-Parteivorsitzenden Rudolf Scharping, in der die PDS als "Partei der folgenlosen politischen Versprechen" und Hort ehemaliger Staatsfunktionäre bezeichnet wurde und in der festgelegt wurde *"Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage"*.¹⁴ Andererseits liebäugelte er bereits im Landtagswahlkampf 1994 mit einem solchen Bündnis und sondierte nach der Bildung der schwarz-roten Landesregierung und seinem Wechsel vom Ministeramt in den Fraktionsvorsitz ab 1996 die Möglichkeiten eines Regierungswechsels.

Nachdem 1994 in Magdeburg erstmals die PDS eine rot-grüne Minderheitsregierung tolerierte, war die Nordost-SPD unter Harald Ringstorff einen Schritt weiter gegangen und eine formelle Koalition mit den demokratischen Sozialisten eingegangen. Für die SPD wie für die PDS verbanden sich mit der Koalition strategische Ziele.

Für den damaligen SPD-Vorsitzenden, Oskar Lafontaine, war die Schweriner Koalition nach eigener Aussage *„eine logische Konsequenz der Absicht, die PDS und ihre Wähler im Osten in die Verantwortung einzubinden“*¹⁵ um sie zu entzaubern.¹⁶ Die PDS hingegen verfolgte das

¹⁰ <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/parteien109.html>

¹¹ Grabow 2008, a.a.O., S. 282

¹² Vgl. NDR 2011, a.a.O., ebd.

¹³ Grabow 2008, a.a.O., S. 268/269

¹⁴ Vgl. Berliner Zeitung vom 2. März 1999: <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0302/none/0177/index.html>.

¹⁵ Oskar Lafontaine 1999, Das Herz schlägt links, München, S. 79.

¹⁶ Nikolaus Werz und Jochen Schmidt 2003, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 22. September 2002, S. 61.

Ziel, mit einer Regierungsbeteiligung in einem Land und vor dem Hintergrund ihres damals erstmaligen Einzugs in Fraktionsstärke in den Deutschen Bundestag, an politischer Bedeutung zuzulegen und den Weg der inhaltlichen und strategischen Fortentwicklung zu konsolidieren.

Im Unterschied zu manch medialer und politischer Aufregung gegenüber dem, vor allem aus westdeutscher Sicht in Schwerin vollzogenen Tabubruch, nahm und nimmt die Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns eine Beteiligung der PDS bzw. der LINKEN an der Landesregierung gelassen zur Kenntnis, was mit der parteipolitischen Normalität der PDS bzw. der LINKEN im Nordosten zu erklären ist.

Galt das rot-rote Bündnis zwischen 1998 und 2002 als „Prima-Klima-Regierungsclub“¹⁷, dessen gute Verständigung gern herausgestellt wurde, waren die Jahre 2002 bis 2006 deutlich angespannter. Daran hatte die Bundespolitik, insbesondere die Einführung der Hartz-Gesetze ihren Anteil. An den wochenlangen Protesten beteiligte sich die nordostdeutsche PDS, wie im gesamten Bundesgebiet, und verärgerte damit den Koalitionspartner, der wiederum darauf verweisen konnte, dass die PDS-Minister/-innen die Hartz-Gesetze umzusetzen hätten.

Dieses Spannungsverhältnis blieb jedoch nicht auf das Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern beschränkt, sondern führte auch innerhalb der PDS zu erheblichen Konflikten. Die Wahrnehmung der Linkspartei.PDS in den damaligen Koalitionskonflikten beschrieb Augstein wenige Tage vor der Landtagswahl 2006 wie folgt: *„Regieren unter Vorbehalt der Zustimmung der Basis, Sonderparteitage allenthalben. Warten auf das Votum einer Regionalkonferenz. An der Küste hat es das sozialistische Fußvolk weder der eigenen Führung noch den Koalitions-Sozis leicht gemacht und die mecklenburgischen Chefsozialisten zeigen sich einigermaßen machtlos.“*¹⁸ Insbesondere die Verwaltungsreform wurde zum prototypischen Zankapfel der rot-roten Landesregierung bei den Erfordernissen, in einem strukturschwachen Bundesland Schlussfolgerungen aus der Struktur- und Bevölkerungsentwicklung zu ziehen.

Mit starken Verlusten der SPD und einem nur schwachen Zugewinn der Linkspartei.PDS gegenüber 2002 kamen beide Parteien nur noch auf eine äußerst knappe Mehrheit von einer Stimme. Obwohl dennoch Sondierungsgespräche stattfanden, scheiterten diese an der Feststellung der SPD, dass mit einer LINKEN, die intern nicht geklärt habe ob sie mitregieren wolle oder nicht und darüber im Landesverband und der Landtagsfraktion hoch zerstritten sei, eine Regierungsbildung nicht mehr möglich wäre.

Ausdruck der inneren Zerrissenheit der LINKEN waren Presseberichte, nach denen die bis zur Wahl amtierende Sozialministerin Marianne Linke dem Ministerpräsidenten nach der Wahl telefonisch mitgeteilt habe, dass sie ihn nur wählen werde, wenn sie ihr Amt behalte.¹⁹ Der einflussreiche damalige SPD-Landesvorsitzende und SPD-Agrarminister Till Backhaus warnte seine Partei vor einem „Heide-Simonis-Effekt“, die sich letztlich nicht überraschend für ein Bündnis mit der CDU entschied.

Im Vorfeld der Landtagswahl 2011 nahm DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern die Klärungsprozesse hinsichtlich einer möglichen Regierungsbeteiligung vorweg. Wenn auch nicht unumstritten, so doch mit klaren Mehrheitsverhältnissen, entschied sich die Partei für eine Landesliste, in der diejenigen, die eine Regierungsbeteiligung befürworteten, klar dominierten. Das NEUE DEUTSCHLAND titelte entsprechend: *„Landesliste aufgemischt. Nordost-Linke bestätigt Spitzenkandidat Holter und kegelt Kritiker von der Kandidatenliste.“*²⁰

¹⁷ Die seitdem vielfach zitierte Bezeichnung findet sich erstmals in: Hans-Joachim Guth 1999, Der Urlaub ist vorbei, in: Nordkurier vom 2. September 1999.

¹⁸ Jakob Augstein 2006, Kein Eros, kein Logos. In Schwerin und Berlin stellen sich rot-rote Regierungen zur Wiederwahl, in: Die Zeit vom 14. September 2006.

¹⁹ Vgl. Nikolaus Werz/Steffen Schoon 2007, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 17. September 2006: Ein halber Regierungswechsel und das Ende des Dreiparteiensystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen Heft 1/2007, S. 81.

²⁰ <http://www.neues-deutschland.de/artikel/195222.landesliste-aufgemischt.html>

Anders als in Thüringen oder Sachsen-Anhalt war die Führungsfrage eines rot-roten Bündnisses im Nordosten zu keinem Zeitpunkt umstritten. Eine Koalition aus SPD und LINKEN würde im Nordosten folglich nicht an entsprechende Belastungen scheitern.

Seitens der Wahlberechtigten wird die mögliche Wiederaufgabe eines rot-roten Regierungsbündnisses ohne überschäumende Emotionen gesehen. Angesichts des fehlenden Wechselwillens in der Wahlbevölkerung und des vorherzusehenden Zugewinns der SPD ging es letztlich nur um die Frage, welche Partei diese zum Regieren auswählen würde.

Tabelle: Zustimmung zu Koalitionsoptionen unter Führung der SPD

	SPD / CDU	SPD / LINKE	SPD / Grüne
April 2011	54	38	k.A.
Juni 2011	61	37	48
August II 2011	59	35	k.A.
August III 2011	54	37	38

Quelle: Infratest-dimap LänderTrend-MV (April 2011 bis August III 2011)

Die vorstehende Tabelle zeigt, dass die Wahlberechtigten, befragt von Infratest-dimap, einer Fortsetzung der amtierenden Koalition den Vorzug vor einem rot-roten Bündnis gaben. Der Bedeutungszuwachs der Grünen, der zum erstmaligen Einzug dieser Partei in den Schweriner Landtag führte, drückte sich in den Umfragen dergestalt aus, dass ein Bündnis aus SPD und Grünen vergleichbare Werte erzielte, wie ein Bündnis aus SPD und LINKEN. Die Unterschiede in den Werten von Infratest-dimap stehen im Zusammenhang zur jeweiligen Fragestellung:

- Im LänderTrend von April und August II lautete die Frage *„Angenommen nach der Landtagswahl im kommenden September wäre in Mecklenburg-Vorpommern sowohl eine Koalition aus SPD und CDU als auch eine Koalition aus SPD und Linkspartei möglich. Welche dieser beiden Koalitionen würden Sie persönlich bevorzugen?“*
- Im Juni und August III lautete die Frage *„Ich nenne Ihnen jetzt einige denkbare Zusammensetzungen der künftigen Landesregierung. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob diese Zusammensetzung für Mecklenburg-Vorpommern sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht wäre.“*

In der Analyse der Sachsen-Anhalt-Wahl 2011²¹ stellten wir fest, dass

- obwohl SPD und LINKE nicht nur über weitgehend ähnliche wahlprogrammatische Festlegungen und Themensetzungen verfügen, sondern auch die Wähler/-innen eine ähnliche Vorstellung der wahlentscheidenden Themen äußern,
- die SPD nach Meinung von Wähler/-innen und Anhänger/-innen gleichwohl weiterhin eher mit der CDU als mit der LINKEN koalieren sollte?

Darin zeigt sich, schlussfolgerten wir, dass neben der Festlegung von Wahlzielen und programmatischen Interessen auch allgemeinpolitische „Befindlichkeiten“ zu berücksichtigen sind. Mit der Folge, dass die Größe der Schnittmengen zwar ein hinreichender aber noch kein ausreichender Grund sein muss, um eine bestimmte Koalition zu präferieren. Um die jeweiligen Wähler/-innen erfolgreich in eine Koalition „mitzunehmen“, müssen demnach jenseits politischer Ziele liegende Akzeptanzprobleme gelöst werden.

Unter diesem Gesichtspunkt sind die Aussagen des SPD-Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten vom Wahlabend folgerichtig, wenn er formuliert: *„Wir haben zwei große Parteien, eine links von uns, eine rechts von uns. Es geht darum, wen wir am meisten auf den sozialdemokratischen Pfad führen können.“*²² Betrachtet man die Markierungspunkte des sozial-

²¹ Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahr 2011, Die Wahl in Sachsen-Anhalt vom 20.März 2011. Wahlbericht und erste Analyse, S. 11.

²² http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/wahltagmv101.html.

demokratischen Pfades, die SELLERING benennt: Mindestlohn, mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, kostenfreie Kitaplätze sowie eine solide Haushaltspolitik ohne Neuverschuldung, dürfte es wiederum zur Umsetzung der Koalitions-Bedingung von Helmut Holter, dem LINKEN-Spitzenkandidaten, dass die SPD sich inhaltlich „von der CDU befreit“²³, nicht weit sein.

c) Das Wahlsystem Mecklenburg-Vorpommerns

Seit der Wahlreform von 2006 umfasst die Wahlperiode in Mecklenburg-Vorpommern einen Zeitraum von fünf Jahren. Der Landtag besteht aus mindestens 71 Abgeordneten. Davon werden 36 Sitze in Einpersonwahlkreisen nach relativer Mehrheitswahl und die restlichen über geschlossene Listen vergeben.

In den Wahlkreisen sind diejenigen Kandidatinnen und Kandidaten gewählt, die die relative Mehrheit der abgegebenen Erststimmen erzielt haben. Für die Verteilung der Gesamtmandate nach Verhältniswahlgrundsätzen werden von der Ausgangszahl von 71 Sitzen diejenigen Wahlkreissitze abgezogen, die von Kandidat/-innen errungen wurden, die keiner zugelassenen Landesliste angeschlossen sind oder deren Landesliste die Fünfprozenthürde verfehlt hat.

Diese verbleibende Sitzzahl wird auf die Parteien, die die Fünfprozenthürde überspringen konnten, nach dem Verfahren Hare/Niemeyer entsprechend dem Verhältnis ihrer insgesamt im Land erreichten Zweitstimmenzahlen verteilt. Erhält hiernach eine Partei, auf die mehr als die Hälfte aller zu berücksichtigenden Zweitstimmen entfallen sind, nicht auch mehr als die Hälfte der zu vergebenden Mandate, so wird dieser Partei auf Kosten der anderen Parteien ein weiterer Sitz zugeteilt.

Von den so auf die Landesliste einer Partei entfallenden Sitzen werden die in den Wahlkreisen direkt errungenen Mandate abgezogen. Die verbleibenden Sitze werden entsprechend der Reihenfolge der Bewerber/-innen auf der Landesliste vergeben. Bewerber/-innen, die in einem Wahlkreis gewählt sind, bleiben auf der Landesliste unberücksichtigt.

Gewinnt eine Partei in den Wahlkreisen mehr Mandate als ihr nach dem Verhältnisausgleich zustehen, verbleiben diese Sitze der Partei. Die übrigen Parteien erhalten Ausgleichsmandate.²⁴

d) Erneut zwei Regierungsoptionen für die SPD

Auch wenn sich ein möglicher Regierungswechsel auf Bundes- oder Landesebene nur selten so eindeutig wie bei der Landtagswahl in Hamburg 2011 bereits im Vorfeld voraussagen lässt, lässt sich anhand des Indikators „Zustimmung zur Regierung“ der jeweiligen Gebietskörperschaft bereits ermesen, ob eine potenzielle Wechselstimmung vorliegt oder nicht.

Inwieweit eine Wechselstimmung tatsächlich wirksam werden kann, hängt ihrerseits erheblich vom Grad der Wahlbeteiligung ab, also davon, wie viele der Wahlberechtigten ihrem Wechselwunsch durch Stimmabgabe Ausdruck verleihen.

Die nachstehende Tabelle zeigt den Grad der vor einer Wahl ausgedrückten Zufriedenheit mit der jeweils amtierenden Regierung und setzt diese, in Verbindung mit dem Indikator Wahlbeteiligung, ins Verhältnis zu den jeweils stattgefundenen Regierungskontinuitäten bzw. -wechseln. In den ersten drei Spalten werden, differenziert nach Land bzw. Bund und Wahljahr, die von Infratest-dimap erhobenen Zufriedenheitswerte aufgeführt. Als Zufriedenheitswert gilt die Summe der Zustimmung zur Aussage „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich sehr zufrieden“ oder „Mit der Tätigkeit der Regierung bin ich zufrieden“. Die vierte Spalte enthält den Wert der jeweiligen Wahlbeteiligung. Die nächsten drei Spalten stellen für die betreffende Gebietskörperschaft dar, ob es einen Regierungswechsel gab oder nicht.

²³ http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/landtagswahl_mv_2011/wahltagmv101.html.

²⁴ Vgl. <http://www.wahlrecht.de/landtage/mecklenburg.htm>. Letzter Zugriff am 04.09.2011.

Wir differenzieren hinsichtlich des Wechsels einer Regierung zwischen drei Varianten:

- Einem großen Regierungswechsel. Dies ist entweder der komplette Austausch der die Regierung stellenden Parteien oder ein signifikanter Wechsel der politischen Regierungsprogrammatis. In letztere Kategorie fällt der Wechsel der FDP 1982 von der sozialliberalen Koalition unter Schmidt zur schwarz-gelben Koalition unter Kohl oder der Wechsel der Berliner SPD vom Bündnis mit der CDU zum rot-roten Senat 2002.
- Dem kleinen Regierungswechsel, also dem Austausch eines der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatis der betreffenden Regierung.
- Kein Regierungswechsel liegt vor, wenn kein Austausch der die Regierung stellenden Parteien vorgenommen wird.

Tabelle: Wechselstimmung, Wahlbeteiligung und Regierungswechsel

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert (in %)	Wahlbeteiligung (in %)	Regierungswechsel			Erläuterung
				Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
BY	2003	65	57,1			X	
RP	2006	60	58,2		X		
SL	2004	60	55,0			X	
BB	2009	59	67,0		X		
BW	2006	58	53,4			X	
SN	2009	58	52,2		X		
SN	2004	56	59,6			X	
MV	2011	51	52,0		noch offen		
RP	2011	55	61,8				
HE	2003	55	64,3		X		
NI	2003	52	65,1			X	
HH	2008	49	63,5		X		
NI	2008	52	57,1			X	
HH	2008	49	63,5			X	
ST	2011	48	51,2			X	
HE	1999	48	61,0	X			
BY	2008	48	57,9		X		
HB	2003	48	61,3			X	
SH	2005	48	66,5	X		X	Wechsel nach Simo-nis-Sturz
HB	2011	46	57,5			X	
SL	2009	43	67,6		X		
Bund	2009	43	70,8		X		
BW	2011	41	66,3	X			
TH	2004	41	53,8		X		
NW	2005	41	67,3	X			

Tabelle: Wechselstimmung, Wahlbeteiligung und Regierungswechsel (Fortsetzung)

Land	Wahljahr	Zufriedenheitswert (in %)	Wahlbeteiligung (in %)	Regierungswechsel			Erläuterung
				Großer Wechsel	Kleiner Wechsel	Kein Wechsel	
TH	2009	40	56,2		X		
HH	2004	39	68,7	X			
HE	2009	39	61,0			X	
HB	2007	38	57,6	X			
BE	2006	38	58,0			X	Grüne und LINKE gleichauf
MV	2006	37	59,1		X		
ST	2006	36	44,4		X		
NW	2010	36	59,3	X			Minderheitsregierung
HE	2008	36	64,3	X			
BB	2004	35	56,4		X		
NI	2003	34	67,0	X			
SH	2009	29	73,6			X	Politisches Patt
Bund	2005	25	77,7	X			

* Zufriedenheitswert = die Summe aus „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ / Quelle: Infratest-dimap, verschiedene Ausgaben des WahlREPORT / eigene Zusammenstellung.

In Mecklenburg-Vorpommern lag, anders als bei den vorangegangenen drei Landtagswahlen, die Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Angaben von Infratest-dimap mit 51% über den Werten derjenigen, die unzufrieden waren (46%). Eine Wechselstimmung lag nach Aussagen aller Wahlbetrachtungen nicht vor. Mit einem entsprechenden Vertrauenskapital in Form deutlichen Stimmzugewinns ausgestattet, hat die SPD die Möglichkeit, einen kleinen Wechsel hin zur LINKEN zu vollziehen oder das schwarz-rote Bündnis fortzusetzen.

III. Erkenntnisse der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

a) Die Parteien im Spiegel der „Sonntagsfragen“

Zwischen der Landtagswahl 2006 und der Landtagswahl 2011 erschienen insgesamt 15 Umfragen, davon allein sieben im August 2011. Die wohl bemerkenswerteste Entwicklung ist das indirekt proportionale Verhältnis von Liberalen und Grünen zueinander. Erreichte die Ökopartei bis zum Januar 2007 nur Werte um 3%, lag sie im Mai 2009 bei 5%, einem Ergebnis das sie letztmalig im August 2005 bei einer Umfrage erhalten hatte. Mit einem Höhepunkt von 10% im April 2011 und einem Ausreißer nach unten (6%) im März 2011 wurde die Partei ansonsten zwischen 7% und 8% gehandelt.

Die Liberalen hingegen konnten in den Umfragen der Jahre 2007 und 2009 Ergebnisse zwischen 7% und 11% konstatieren und erreichten in den Umfragen des Jahres 2011 einmal 6% (Januar), zweimal 5% (März und August – forsa), ansonsten stagnierten sie zwischen 3 und 4,5%.

DIE LINKE konnte sich allein bei den Umfragen des Jahres 2009 und im April des Jahres 2011 Hoffnungen machen, an alte Stärke anknüpfen zu können. Die übrigen Umfragen wiesen bereits darauf, dass in diesem Wahljahr für DIE LINKE die Bäume nicht in den Himmel wachsen würden.

Ähnlich wie das Verhältnis zwischen FDP und Grünen gestaltete sich auch das Verhältnis zwischen SPD und CDU in den Umfragen. Führte die Union in den Umfragen der Jahre 2007 und 2009, so lag die SPD seit Januar 2011 mit einem Abstand von 3% bis 10% vor der CDU.

Tabelle: Die Ergebnisse der „Sonntagsfrage“ für die Landtagswahl in MV im Zeitraum 2006 bis 2011

		CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	NPD/DVU	Sonst.
FGW	26.08.2011	28	35	16,5	4	8	6	4,6
Infratest	25.08.2011	26	26	17	4,5	8	4,5	4
Forsa	24.08.2011	27	34	17	5	7	5	5
Infratest	19.08.2011	28	37	17,5	3,5	7	4	3
Emnid	14.08.2011	28	34	19	4	7	4	4
Emnid	07.08.2011	29	34	19	3	7	4	4
Infratest	04.08.2011	30	34	18	3	8	4	3
Infratest	29.06.2011	30	34	17	4	8	4	3
Infratest	13.04.2011	27	34	20	3	10	3	3
Emnid	03.03.2011	29	34	17	5	6	4	4
Forsa	21.01.2011	29	32	15	6	8	5	5
Infratest	15.05.2009	32	25	22	10	5	4	2
polis+sinus	13.01.2009	30	27	23	11	3	4	2
Infratest	17.10.2007	32	34	17	7	3	4	3
Forsa	20.09.2007	31	28	18	9	3	7	4

Quelle: wahlrecht.de/umfragen/landtage/Mecklenburg-Vorpommern.htm; h.kahrs 2011

b) Mehrheitlich Zufriedenheit mit der Landesregierung / Keine Wechselstimmung

Das Institut Infratest-dimap hat zwischen April 2011 und bis eine Woche vor dem Wahltag insgesamt fünf Mecklenburg-VorpommernTRENDS veröffentlicht (April 2011, Juni 2011, August I-III 2011).

In allen als Mecklenburg-VorpommernTREND veröffentlichten Befragungen fiel die Zufriedenheit größer als die Unzufriedenheit mit der Landesregierung aus.

Befragt nach der Zufriedenheit mit der Tätigkeit der Landesregierung auf verschiedenen Politikfeldern wird deutlich, dass trotz allgemeiner Zufriedenheit, in den wahlrelevanten Themen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wirtschaftspolitik und Bildungspolitik die Unzufriedenheit mit der Landesregierung stärker als die Zufriedenheit ausgeprägt ist. Da jedoch die SPD als stärkste Partei in der Landesregierung bei der Lösung dieser Aufgaben die höchsten Kompetenzwerte im Land erhält, drückte sich dieses Ergebnis nicht in Wahlenthaltung zu Lasten der SPD aus – im Gegenteil.

Tabelle: Zufriedenheit mit der Landesregierung nach Politikfeldern, August 2011 (in%)

	Eher zufrieden	Eher unzufrieden
Verkehrspolitik	58	36
Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen	49	45
Wirtschaftspolitik / Wirtschaftsförderung	39	51
Schul- und Bildungspolitik	30	59
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	21	73

www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Mecklenburg-Vorpommern/laendertrend/2011/august

Im Mecklenburg-VorpommernTREND August II 2011 schlüsselte Infratest-dimap die Zufriedenheit nach den die Landesregierung stellenden Parteien auf. Dabei wurde deutlich, dass die Caffier-CDU von der Zustimmung gegenüber der Landesregierung in keiner Weise profitieren konnte. Mit 59% Unzufriedenheit gegenüber 35% Zufriedenheit erschien sie als Zielscheibe derjenigen Dinge, die im Lande nicht funktionieren, während die SPD mit 54% Zufriedenheit zu 40% Unzufriedenheit alleiniger Profiteur der vergleichsweise positiven Grundhaltung gegenüber der Landesregierung war.

Tabelle: Zufriedenheit mit der CDU bzw. der SPD in der Landesregierung, Januar 2011 (in%)

	Sehr zufrieden	Zufrieden	Weniger zufrieden	Gar nicht Zufrieden
CDU	2	33	46	13
SPD	4	50	33	7

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Mecklenburg-Vorpommern/laendertrend

Dementsprechend unstrittig war über alle Umfragen hinweg auch, dass die kommende Landesregierung von der SPD geführt werden sollte.

c) Parteienkompetenzen

Sowohl die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) als auch Infratest-dimap ermittelten im Vorfeld der Landtagswahl die Kompetenzwerte, die die Wahlberechtigten den Parteien im Land zuschreiben. Trotz bestehender Unterschiede im Einzelfall führt in beiden Umfragen die SPD deutlich vor allen Parteien.

Tabelle: Welche Partei löst die Probleme in MV am besten? (FGW)

	SPD	CDU	Linke	keine
Arbeitsplätze	30	20	8	20
Schule/Bildung	31	14	19	7
Abwanderung	24	15	8	23
Familie	37	13	16	7
Wirtschaft	32	21	6	20
Zukunft	33	19	8	16

Forschungsgruppe Wahlen für ZDF-Wahltool

Tabelle: Welche Partei löst die Probleme in MV am besten? (Infratest-dimap, August II)

	SPD	CDU	LINKE	Grüne	FDP	keine
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	42	22	12	3	1	18
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	42	16	17	4	1	17
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	34	31	5	2	1	25
Eine gute Ausländer- und Integrationspolitik betreiben	33	23	10	6	2	22
Die Wirtschaft in MV voranbringen	33	38	2	2	2	20

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Mecklenburg-Vorpommern/laendertrend

In der Wahltagsbefragung, also der Befragung derjenigen, die tatsächlich zur Wahl gegangen sind, ergaben sich hinsichtlich der Vorwahlbefragung einige Veränderungen, die Infratest-dimap im Angebot für www.tagesschau.de ausgewiesen hat.

Bei den Kompetenzen, die den Parteien von den Wähler/-innen zugeschrieben werden, liegt die SPD nunmehr in allen Politikfeldern gegenüber der CDU und der Linken vorn. Der CDU konnte sie auch den ersten Rang bei der Wirtschaftskompetenz abnehmen und zugleich

einen beachtlichen Zuwachs von 9% an Kompetenzzuschreibung bei der „Sozialen Gerechtigkeit“ (43%) gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl (34%) verzeichnen. Hier ist jedoch zu beachten, dass die SPD mit diesem Zuwachs die Verluste von 2006 gegenüber den Landtagswahlen 2002 und 1998 kompensiert, bei denen sie 45% bzw. 40% in diesem Politikfeld erreicht hatte. Während DIE LINKE ihre Kompetenzwerte in diesem Politikfeld verteidigen aber auch nicht ausbauen konnte, verliert die CDU in diesem Feld deutlich.

Tabelle: Wer sorgt am ehesten für soziale Gerechtigkeit?

	SPD	DIE LINKE	CDU
1998	40	23	16
2002	45	22	16
2006	34	23	17
2011	43	22	10

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

d) Das Image der Parteien

Die nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über das Image der Parteien bei den Wahlberechtigten. Die Ansichten, die von den Befragten am häufigsten über die einzelnen Parteien geäußert wurden, wurden von den Wahlforschern in Hauptaussagen zusammengefasst.

Tabelle: Image der Parteien

	SPD	CDU	LINKE	Grüne	FDP	NPD
Hat das Land in schwierigen Zeiten voran gebracht	58					
Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich	55					
Man weiß im Moment nicht, wofür sie steht	50					
Hat ihre sozialdemokratischen Prinzipien aufgegeben	35					
Vernachlässigt die Interessen der Arbeitnehmer		72				
Sie sorgt nicht mehr verlässlich für Sicherheit und Wohlstand		67				
Hat mit Lorenz Caffier den falschen Spitzenkandidaten aufgestellt		49				
Versteht am meisten von Wirtschaft		39				
Ist zu zerstritten, um ernsthaft Politik mitgestalten zu können			70			
Hat sich noch nicht so richtig von ihrer SED-Vergangenheit gelöst			61			
Vertritt am ehesten die Interessen der Ostdeutschen			54			
Hat als einzige rechtzeitig vor der Finanzmarktkrise gewarnt			46			
Man weiß genau, wofür sie stehen				58		
Haben früher als andere wichtige Probleme erkannt				58		
Kümmern sich zu wenig um Wirtschaft und Arbeitsplätze				67		
Ihr fehlen gute Politiker an der Spitze					81	
Ist zu zerstritten, um ernsthaft Politik mitgestalten zu können					73	
Wird gewählt um anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen						70
Löst zwar keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen						48
Ist eine demokratische Partei wie jede andere auch						20

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Generell wird den Parteien unterstellt, vor den Wahlen nicht alle ihre Ziele offenzulegen. Angesichts dessen erfragte Infratest-dimap, inwieweit die zur Wahl stehenden Parteien ihre Ziele offen legen würden. Grundsätzlich scheinen in den Augen der Wähler/-innen im Nordosten die Mitte-Links-Parteien glaubwürdiger als die Mitte-Rechts-Parteien zu sein. Die NPD erscheint am unglaubwürdigsten, dicht gefolgt von der NPD.

Tabelle: Welche Partei bekennt sich zu allen ihren Zielen?

	ja	nein
SPD	37	57
Grüne	31	60
Linke	28	64
CDU	21	72
FDP	12	81
NPD	10	82

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

e) Die wichtigsten Probleme in MV / Wahlentscheidende Themen

An der Problempreferenz der Wahlberechtigten Mecklenburg-Vorpommerns hat sich in der Reihenfolge der Problembenennungen bei Infratest-dimap keine wesentliche Veränderung im Vergleich zu August 2006 ergeben. Bemerkenswert sind jedoch die Veränderungen im Einzelnen. So liegt das Thema Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt zwar weiterhin weit vor allen anderen Themen, doch reduzierte sich die Bedeutung im Verlauf der vergangenen fünf Jahre um 18% spürbar. Demgegenüber sind qualitative Aspekte wie gute Bildung und die Höhe der Gehälter in der politischen Problembeschreibung wichtiger geworden, was sicherlich der bundesweit überdurchschnittlichen Ausprägung von Niedriglohntätigkeit im Nordosten geschuldet sein dürfte.

Es könnte auf dieser Grundlage die Annahme formuliert werden, dass sich in dieser Prioritätensetzung zwei Feststellungen der Wähler/-innen ausdrücken: Zum einen die Annahme, dass die zur Wahl stehenden Parteien nur eingeschränkt in der Lage sind, die Arbeitslosigkeit tatsächlich nachhaltig zu beheben und zum anderen, dass angesichts der Arbeitslosigkeit einer möglichst guten Bildung der Kinder und Jugendlichen eine entscheidende Bedeutung für die jeweilige Zukunftssicherung zukommt. Zumal die Gestaltungshoheit in der Bildungspolitik nachweislich bei den Ländern selbst liegt.

Tabelle: Die wichtigsten Probleme Mecklenburg-Vorpommerns – August II 2011 / August II 2006 (in%)

	August 2011	August 2006
Arbeitslosigkeit / Arbeitsmarkt	69	87
Bildung / Schule / Ausbildung	25	17
Löhne / Höhe der Gehälter	12	
Familienpolitik / Kinderbetreuung	11	7
Abwanderung aus Mecklenburg-Vorpommern	7	5
soziale Ungerechtigkeit	6	8
Renten(reform) / Alterssicherung	4	8
Gesundheit	4	3

Quelle: www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/Mecklenburg-Vorpommern/laendertrend

Für die Wahlentscheidung waren im Allgemeinen landespolitische Themen, genauer: Themen, die für die unmittelbaren regionalen Lebensumständen von hoher Bedeutung sind, sehr wichtig. Als „sehr wichtig für meine Wahlentscheidung“ gaben laut Infratest-dimap die Wähler/-innen am Wahltag folgende Themen an:

- Wirtschaft und Arbeitsmarkt in meiner Region (70%)
- Schule und Bildung (65%)
- Euro- und Schuldenkrise (42%)
- Energiepolitik (36%)

Für 27% aller Wähler/-innen waren die Kandidat/-innen und für 50% von ihnen das Programm entscheidend, während für 18% die langfristige Bindung an eine Partei den Ausschlag für die Wahlentscheidung gab.

Diese Angaben über alle Wähler/-innen hinweg differieren natürlich je nach Anhängerschaft zu einer Partei. Differenziert nach den Wähler/-innen der jeweiligen Parteien, die wahlentscheidenden Themen lässt sich festhalten:

- Die Wähler/-innen der LINKEN liegen in der Prioritätensetzung der für sie wahlentscheidenden Themen „Arbeitsplätze schaffen“ und „soziale Gerechtigkeit herstellen“ insoweit an der Spitze, als die Intensität der Bedeutung dieser Themen am stärksten ausgeprägt ist.
- Gleiches gilt beim Thema Wirtschaftspolitik für die Wähler/-innen von CDU und FDP.
- Bei den Mitte-Links-Parteien aber auch bei der NPD dominiert die „Soziale Gerechtigkeit“.
- Das Thema „Arbeitsplätze schaffen“ nahm bei LINKEN-, SPD- und NPD-Wähler/-innen einen großen Stellenwert ein, während die Grünen-Anhänger/-innen demgegenüber die Bildungspolitik befürworteten.

Tabelle: Wahlentscheidende Themen für die Wähler/-innen von... (in%) – Mehrfachnennung möglich

	Arbeitsplätze schaffen	Soziale Gerechtigkeit	Wirtschaftspolitik	Bildungspolitik
LINKE	34	58	19	20
SPD	31	35	33	16
NPD	28	32	25	9
CDU	27	19	52	16
FDP	27	27	48	20
Grüne	17	35	15	24

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

Für die Wähler/-innen, die erstmals für die Grünen votierten, waren die folgenden Themen wahlentscheidend:

- Umweltpolitik (46%)
- soziale Gerechtigkeit (29%)
- Arbeitsmarktpolitik (22%)
- Energiepolitik (22%)

f) Wahlentscheidende Themen und Wahlmotive der NPD-Wähler/-innen

Angesichts des Protestwahlmotivs, das Wählerinnen und Wählern der extremen Rechten in der Regel zugesprochen wird, dürfte – die Verfestigung eines rechtsextremen Milieus in der nordostdeutschen Zivilgesellschaft bestätigend – die Aussage von 86% der NPD-Wähler/-innen von Interesse sein, dass sich die NPD „ernsthaft um die Probleme vor Ort“ kümmert. Erst zu 57% geben die NPD-Wähler/-innen an, diese Partei zu wählen, um anderen Parteien einen Denkzettel zu verpassen. Angesichts dessen könnte die Aussage von wiederum 86% der von Infratest-dimap befragten NPD-Anhänger/-innen, dass die NPD zwar keine Probleme löst, aber die Dinge beim Namen nennt, dahingehend interpretiert werden, dass sich im Wahlverhalten für die NPD möglicherweise nicht mehr allein Enttäuschung über die etablierten Parteien abbildet, sondern die betreffenden Wähler/-innen mit diesen Parteien bereits „fertig sind“.

Dass nur ein Fünftel der NPD-Anhänger/-innen eine langfristige Parteibindung als Wahlmotiv angegeben hat, muss der letzteren Aussage nicht zwangsläufig widersprechen, wenn einbezogen wird, dass 55% der Befragten NPD-Wähler/-innen deren Programm als Wahlmotiv nannten. Weniger als ein Fünftel (18%) bezeichneten die Kandidaten als wahlentscheidend.

Mit 36% nahm die Ausländer- und Integrationspolitik den höchsten Stellenwert bei den Wahlentscheidenden Themen ein, gefolgt von den Themen soziale Gerechtigkeit (32%), Arbeitsmarktpolitik (28%) und Wirtschaftspolitik (25%).

Die höchste Kompetenz sprachen die Wähler/-innen der NPD ihrer Partei dahingehend zu, den Niedergang auf dem Land bzw. die Abwanderung zu stoppen (jeweils 60%), was wiederum als lokales Verankerungsindiz im ländlichen Raum bewertet werden könnte.

Auf Rang 3 und 4 folgten mit 56% die Schaffung von Arbeitsplätzen und 54% die Durchsetzung von angemessenen Löhnen.²⁵

IV. Das Wahlergebnis und die Auswirkungen auf Bundesrat und LT-Wahlen

a) Das Ergebnis der Landtagswahl 2011 im Wahlvergleich / Wahlentscheidung

An der diesjährigen Landtagswahl nahmen knapp 700.000 Wahlberechtigte teil. Wenn in 14 Tagen im Wahlkreis Rügen I nachgewählt sein wird – die Wahl musste aufgrund des Todes des dortigen CDU-Bewerbers verschoben werden –, wird sich die Zahl um ca. 20.000 auf rund 720.000 erhöhen. Dies ist die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern.

Der Rückgang der Wahlbeteiligung ist vor allem ein Rückgang der absoluten Stimmen von Union und FDP. Die SPD wird voraussichtlich ebenso viele Wähler/-innen erreichen wie 2006, die Grünen hingegen über 30.000 hinzugewinnen. DIE LINKE wird am Ende um die 10.000 Stimmen weniger erhalten haben als 2006. In absoluten Stimmen ist das ihr schlechtestes Wahlergebnis seit 1990, auch wenn sie sich prozentual gegenüber 2002 und 2006 verbessern konnte. Die gesunkene Wahlbeteiligung machte auch um DIE LINKE keinen Bogen, sondern umfasste sie vollkommen.

²⁵ Vgl. www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen.

Tabelle: Ergebnisse der Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990

Landtagswahl am ...	Wahlberechtigte	Wähler	Von den gültigen Zweitstimmen entfallen auf ^{*)}					
			CDU	Die Linke	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
14.10.1990	1 417 861	918 210	340 134	139 612	239 872	37 126	48 669	83 012
16.10.1994	1 376 877	1 003 116	368 206	221 814	288 431	36 035	37 498	25 883
27.09.1998	1 404 552	1 115 634	327 948	264 299	371 885	29 240	17 062	74 177
22.09.2002	1 408 355	993 822	304 125	159 065	394 118	25 402	45 676	41 645
17.09.2006	1 415 321	837 018	235 350	137 253	247 312	27 642	78 440	92 064
04.09.2011	1.357.151	697.045	155.084	123.502	239.745	56.438	18.428	
*)2011 ohne den Wahlkreis Rügen I								
Bundestagswahlen								
02.12.1990	1 419 144	1 005 654	407 009	141 051	261 684	58 447	90 482	29 270
16.10.1994	1 379 175	1 004 208	378 274	231 835	283 029	35 213	33 436	20 461
27.09.1998	1 407 661	1 117 517	318 939	257 464	384 746	32 132	24 300	71 695
22.09.2002	1 412 019	996 580	294 746	158 823	405 415	34 180	52 816	27 115
18.09.2005	1 418 790	1 010 887	293 316	234 702	314 830	39 379	62 049	47 443
27.09.2009	1 400 298	882 176	287 481	251 536	143 607	47 841	85 203	51 599
Europawahlen								
12.06.1994	1 380 514	908 563	283 940	230 815	190 287	40 269	19 041	80 080
13.06.1999	1 409 453	715 638	309 727	165 597	138 439	16 845	9 189	41 934
13.06.2004	1 413 717	636 920	255 835	130 782	97 045	28 665	23 441	67 208
07.06.2009	1 403 333	653 283	201 447	146 305	104 231	34 450	47 170	89 00

Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Zusammenstellung

Mehr als jede/r fünfte Wähler/-in entschied sich erst am Wahltag für die welche Partei die Stimme abgegeben wurde, knapp jede/r Fünfte in den letzten Tagen vor der Wahl. Weniger als jede/r sechste Wähler/-in zählt noch zu den klassischen Stammwähler/-innen, also denjenigen, bei denen die Wahlentscheidung bereits aufgrund langfristiger Parteibindung feststeht.

Tabelle: Zeitpunkt der Wahlentscheidung bei der LTW 2011

Die Wahlentscheidung erfolgte...	in %
...heute	23
...in den letzten Tagen	18
...in den letzten Wochen	16
...vor längerer Zeit	27
Ich wähle immer dieselbe Partei	13

www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen.

b) Auswirkungen auf den Bundesrat

Von der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern würden dann Auswirkungen auf die Stimmverhältnisse im Bundesrat ausgehen, wenn die SPD sich gegen die Fortsetzung der bestehenden Koalition und für ein rot-rotes Bündnis entscheiden würde.

In diesem Falle würde – sofern es in Berlin nicht zu einem grün-schwarzen Bündnis käme, sondern die SPD entweder mit der LINKEN oder den Grünen regiert – das Mitte-Links-Lager, das bis zur Wahl in MV über dreißig Sitze verfügt, um drei weitere Stimmen gestärkt.

Die bisherigen 30 Stimmen setzen sich zusammen aus:

- den rot-grün regierten Ländern Nordrhein-Westfalen (6), Baden-Württemberg (6), Rheinland-Pfalz (4) und Bremen (3),
- den rot-roten Ländern Berlin und Brandenburg (jeweils 4) und
- der SPD-Alleinregierung in Hamburg (3).

Eine rot-rot-grüne Alternative zur schwarz-gelben Bundesregierung im Bundesrat setzt demnach sowohl den Verbleib Berlins im Mitte-Links-Lager, also eine Vermeidung eines grün-schwarzen Bündnisses sowie einen Wechsel von schwarz-gelb zu – aller Voraussicht nach rot-grün – in Schleswig-Holstein im Jahre 2012 voraus.

Union und FDP verfügen bereits seit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 im Bundesrat über keine Mehrheit mehr. Die von ihnen regierten Länder stellen seit den Wahlen vom 27. März dieses Jahres zusammen gerade noch 25 der insgesamt 69 Stimmen.

Das „neutrale“ Lager hat bislang 14 Stimmen inne. Diese beruhen auf jenen vier Bundesländern, die von Parteien regiert werden, die sich im Bund als Konkurrenten gegenüberstehen: die CDU/SPD-Koalitionen in Sachsen-Anhalt und Thüringen, die SPD/CDU-Regierung in Mecklenburg-Vorpommern und das Jamaikabündnis an der Saar. Ein Wechsel in Schwerin würde zu einer Reduzierung um drei Stimmen führen.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach dieser Landtagswahl

Land	Zahl	Schwarz -Rot Große Koalition	Rot- Schwarz Koalition	Schwarz -Gelb	SPD- Allein	Rot-Rot	SPD- Grüne Rot-Grün	Grüne- SPD	Jamaika
BW								6	
BY	6			6					
BE	4					4			
BB	4					4			
HB	3						3		
HH	3				3				
HE	5			5					
MV	3	noch offen ob rot-schwarz oder rot-rot							
NI	6			6					
NW	6						6		
RP	4						4		
SL	3								3
SN	4			4					
ST	4	4							
SH	4			4					
TH	4	4							
Gesamt	69	8	3	25	3	8	13	6	3
		11					19		

V. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Wähler/-innenwanderung²⁶

Infratest-dimap hat auch bei dieser Landtagswahl, auf der Basis der Nachwahlbefragungen, eine Schätzung der Wähler/-innenwanderungen vorgenommen. Die in der Wahlnacht vorliegenden Wanderungssalden, die gewöhnlich bis zur Veröffentlichung des WahlReports durch Infratest-dimap einer gewissen Veränderung unterliegen, machen deutlich, dass die FDP an alle anderen Parteien sowie das Nichtwähler/-innenlager Stimmen abgegeben hat.

Die CDU kann ihrerseits Stimmenzugewinne der FDP verbuchen, die jedoch den Wähler/-innenabgang an alle andere Parteien und das Nichtwähler/-innen (-34.000 Stimmen) nicht kompensieren kann.

DIE LINKE wiederum erhält von FDP und CDU insgesamt 8.000 Stimmen, muss jedoch einen Abgang von 10.000 verkraften.

Während die FDP an alle Parteien und die Nichtwähler/-innen verliert, können die Grünen mit Ausnahme von der NPD Stimmen aus allen Parteien verbuchen. Die 1.000 Stimmen an andere Parteien könnten möglicherweise Abgänge an die Piratenpartei sein. Mit 11.000 Stimmen erhalten die Grünen den größten Stimmenanteil aus dem SPD-Lager.

Mit Ausnahme der Grünen verlieren angesichts der gesunkenen Wahlbeteiligung alle anderen Parteien an das Nichtwähler/-innenlager.

Die nachstehende Tabelle ist so zu lesen, dass von links nach rechts die Abgänge von den Parteien bzw. den Nichtwähler/-innen zu den Parteien bzw. Nichtwähler/-innen dargestellt sind, die dementsprechend auch die jeweiligen Zugewinne abbilden.

Tabelle: Wähler/-innenwanderung

Von der ...	Zu der ...							
	SPD	CDU	Linke	FDP	Grüne	NPD	Andere	Nichtw.
SPD	-		0	0	-11.000	0	-2.000	-13.000
CDU	-22.000	-	-6.000	-1.000	-6.000	-1.000	-1.000	-34.000
LINKE	0		-	-1.000	-1.000	-1.000	-2.000	-6.000
FDP	-12.000	-11.000	-2.000	-1.000	-5.000	-1.000	-5.000	-12.000
Grüne							-1.000	
NPD	0					0	0	-18.000
Andere								-7.000
Nichtw.						-1.000		

Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen.

²⁶ Die Wähler/-innenwanderungsbilanz basiert auf den von Infratest-dimap für die ARD zur Verfügung gestellten Daten. „Bei dem Exit Poll von Infratest-dimap, werden die Befragten unmittelbar nach Verlassen des Wahllokals befragt, so dass die Erinnerung an die aktuelle Wahl nicht hinterfragt werden muss, die Rückerinnerung (allerdings wie in allen anderen Umfragen auch) fehlerhaft sein kann. Auch wenn die Daten die hier von Infratest-dimap vorgestellt werden (bezogen auf die reinen Nettozahlen) einer Fehlerquote unterliegen, so sind sie jedoch hinsichtlich der Richtung und der Größenverhältnisse der Austauschbewegungen zwischen den Parteien zuverlässig. Allein durch Größe der Umfrage kann die Datenqualität als sehr gut bewertet werden.“ Zitiert nach: Viola Neu 2010, Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, 9. Mai 2010. Wahlanalyse, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Onlinepublikation, S. 11.

b) Wer wählte wen?

Tabelle: Sozio-demographische Merkmale bei der LTW 2011 (Infratest dimap)

	SPD	CDU	LINKE	FDP	NPD	Grüne
Wähler/-innen nach Geschlecht						
Männer	33	25	18	3	8	8
Frauen	41	24	16	3	3	9
Wähler/-innen nach Altersgruppen						
18-24 Jahre	25	17	13	4	13	13
25-34 Jahre	28	24	11	4	11	12
35-44 Jahre	31	26	12	4	8	12
45-59 Jahre	35	24	19	3	5	9
60 und älter	46	24	19	2	2	5
Wähler/-innen nach Tätigkeiten						
Arbeiter	37	22	15	3	12	6
Angestellte	34	23	17	4	4	11
Selbständige	18	36	11	7	5	16
Rentner	46	24	21	1	2	5
Arbeitslose	34	13	18	2	17	6

Tabelle: Sozio-demographische Merkmale bei der LTW 2011 (Forschungsgruppe Wahlen)

	SPD	CDU	Linke	FDP	NPD	Grüne
Wähler/-innen nach Geschlecht						
Frauen	39	24	17	3	3	9
Männer	33	25	19	3	7	8
Wähler/-innen nach Altersgruppen						
unter 30	27	21	11	4	12	13
30-44	31	26	12	4	7	13
45-59	34	25	20	3	5	9
über 60	44	24	22	2	2	4
Wähler/-innen nach Tätigkeiten						
Arbeiter	39	22	19	2	6	6
Angestellte	38	20	20	3	4	10
Beamte	33	32	16	3	3	7
Selbständige	18	38	15	6	4	14
Wähler/-innen nach Bildung						
Hauptschulabschluss	45	25	14	3	7	3
mittlere Reife	34	27	17	3	8	7
Abitur	34	23	18	5	4	11
Hochschulabschluss	32	26	21	3	1	13

VI. Die Landtagswahl 2011 im Spiegel der Wahlkreisergebnisse

Tabelle: Zweitstimmen absolut (Vorläufiges Ergebnis der Wahlkreise, 04.09.2011 - 01:53 Uhr)

Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	gültige Stimmen	SPD	CDU	DIE LINKE	FDP	NPD	GRÜNE
Greifswald	45.436	23.292	22.500	6.198	5.259	3.901	668	1.030	3.548
Neubrandenburg I	27.905	14.158	13.735	5.278	2.683	3.126	271	751	929
Neubrandenburg II	27.552	14.043	13.611	5.010	2.943	2.768	302	591	1.132
Rostock I	36.905	17.338	16.941	5.911	2.689	4.148	394	946	1.644
Rostock II	39.291	19.503	19.026	7.264	2.557	5.108	313	957	1.644
Rostock III	45.965	26.968	26.483	8.663	4.495	4.777	661	750	5.051
Rostock IV	47.625	23.701	23.267	7.126	4.220	4.488	746	902	3.911
Schwerin I	47.755	28.100	27.599	10.612	5.319	4.846	657	1.044	3.468
Schwerin II	30.116	15.542	15.163	6.075	2.633	3.257	318	841	1.194
Wismar	35.710	18.228	17.610	8.089	2.807	3.017	493	847	1.526
Bad Doberan I	50.173	27.879	26.634	10.426	5.770	4.487	849	1.382	2.371
Bad Doberan II	47.962	28.333	27.296	9.432	6.758	4.805	818	1.218	2.641
Demmin I	32.355	15.076	14.257	4.277	4.582	2.552	360	1.131	720
Demmin II	34.266	16.498	15.738	5.222	4.492	3.065	490	976	715
Güstrow I	35.580	17.380	16.614	6.042	4.455	2.640	426	883	928
Güstrow II	47.247	22.291	21.431	8.719	4.790	3.682	524	1.021	1.543
Ludwigslust I	33.635	17.813	17.099	7.541	3.229	2.467	624	1.419	1.029
Ludwigslust II	34.639	19.189	18.514	7.917	4.094	2.856	523	1.168	1.182
Ludwigslust III	33.822	18.298	17.555	7.328	3.616	2.931	594	1.149	1.206
Müritz I	48.189	23.684	22.263	8.829	5.004	3.827	742	1.011	1.616
Mecklenburg-Strelitz I	35.310	18.882	18.157	6.556	4.649	3.273	462	1.038	1.309
Mecklenburg-Strelitz II - Müritz II	36.263	19.456	18.594	6.442	5.407	3.088	473	1.309	1.041
Nordvorpommern I	36.460	18.776	18.054	6.209	5.184	3.206	561	918	1.218
Nordvorpommern II	25.320	12.622	12.028	3.246	4.411	2.267	241	745	632
Nordvorpommern III - Stralsund I	44.347	21.552	20.735	6.499	6.052	4.033	522	1.262	1.227
Stralsund II	43.707	15.251	14.741	4.127	4.401	2.486	412	722	1.572
Nordwestmecklenburg I	47.208	23.504	22.647	9.456	4.609	3.723	580	1.157	2.044
Nordwestmecklenb. II	48.431	26.165	25.276	10.249	5.491	4.243	697	1.309	1.982
Ostvorpommern I	39.793	20.154	19.158	5.715	5.129	3.389	748	1.997	1.182
Ostvorpommern II	48.798	24.330	23.159	6.522	6.248	4.471	593	2.610	1.470
Parchim I	40.787	21.945	21.048	7.971	5.710	3.561	466	1.159	1.118
Parchim II	39.150	21.817	21.096	8.276	4.898	3.641	646	1.081	1.557
Rügen I									
Rügen II	30.280	13.967	13.311	3.943	3.313	3.251	604	686	862
Uecker-Randow I	30.396	16.343	15.431	4.186	3.793	3.191	335	2.376	565
Uecker-Randow II	28.773	14.967	14.110	4.389	3.394	2.931	315	1.689	661
Landesergebnis	1.357.151	697.045	670.881	239.745	155.084	123.502	18.428	40.075	56.438

Tabelle: Stimmenanteile in den Wahlkreisen – Zweitstimmen in %

Wahlkreis		Wahlbe- teiligung	SPD	CDU	DIE LINKE	FDP	NPD	GRÜNE
1	Greifswald	51,3%	27,5%	23,4%	17,3%	3,0%	4,6%	15,8%
2	Neubrandenburg I	50,7%	38,4%	19,5%	22,8%	2,0%	5,5%	6,8%
3	Neubrandenburg II	51,0%	36,8%	21,6%	20,3%	2,2%	4,3%	8,3%
4	Rostock I	47,0%	34,9%	15,9%	24,5%	2,3%	5,6%	9,7%
5	Rostock II	49,6%	38,2%	13,4%	26,8%	1,6%	5,0%	8,6%
6	Rostock III	58,7%	32,7%	17,0%	18,0%	2,5%	2,8%	19,1%
7	Rostock IV	49,8%	30,6%	18,1%	19,3%	3,2%	3,9%	16,8%
8	Schwerin I	58,8%	38,5%	19,3%	17,6%	2,4%	3,8%	12,6%
9	Schwerin II	51,6%	40,1%	17,4%	21,5%	2,1%	5,5%	7,9%
10	Wismar	51,0%	45,9%	15,9%	17,1%	2,8%	4,8%	8,7%
11	Bad Doberan I	55,6%	39,1%	21,7%	16,8%	3,2%	5,2%	8,9%
12	Bad Doberan II	59,1%	34,6%	24,8%	17,6%	3,0%	4,5%	9,7%
13	Demmin I	46,6%	30,0%	32,1%	17,9%	2,5%	7,9%	5,1%
14	Demmin II	48,1%	33,2%	28,5%	19,5%	3,1%	6,2%	4,5%
15	Güstrow I	48,8%	36,4%	26,8%	15,9%	2,6%	5,3%	5,6%
16	Güstrow II	47,2%	40,7%	22,4%	17,2%	2,4%	4,8%	7,2%
17	Ludwigslust I	53,0%	44,1%	18,9%	14,4%	3,6%	8,3%	6,0%
18	Ludwigslust II	55,4%	42,8%	22,1%	15,4%	2,8%	6,3%	6,4%
19	Ludwigslust III	54,1%	41,7%	20,6%	16,7%	3,4%	6,5%	6,9%
20	Müritz I	49,1%	39,7%	22,5%	17,2%	3,3%	4,5%	7,3%
21	Mecklenburg-Strelitz I	53,5%	36,1%	25,6%	18,0%	2,5%	5,7%	7,2%
22	Mecklenburg-Strelitz II - Müritz II	53,7%	34,6%	29,1%	16,6%	2,5%	7,0%	5,6%
23	Nordvorpommern I	51,5%	34,4%	28,7%	17,8%	3,1%	5,1%	6,7%
24	Nordvorpommern II	49,8%	27,0%	36,7%	18,8%	2,0%	6,2%	5,3%
25	Nordvorpommern III - Stralsund I	48,6%	31,3%	29,2%	19,5%	2,5%	6,1%	5,9%
26	Stralsund II	34,9%	28,0%	29,9%	16,9%	2,8%	4,9%	10,7%
27	Nordwestmecklenburg I	49,8%	41,8%	20,4%	16,4%	2,6%	5,1%	9,0%
28	Nordwestmecklenburg II	54,0%	40,5%	21,7%	16,8%	2,8%	5,2%	7,8%
29	Ostvorpommern I	50,6%	29,8%	26,8%	17,7%	3,9%	10,4%	6,2%
30	Ostvorpommern II	49,9%	28,2%	27,0%	19,3%	2,6%	11,3%	6,3%
31	Parchim I	53,8%	37,9%	27,1%	16,9%	2,2%	5,5%	5,3%
32	Parchim II	55,7%	39,2%	23,2%	17,3%	3,1%	5,1%	7,4%
33	Rügen I							
34	Rügen II	46,1%	29,6%	24,9%	24,4%	4,5%	5,2%	6,5%
35	Uecker-Randow I	53,8%	27,1%	24,6%	20,7%	2,2%	15,4%	3,7%
36	Uecker-Randow II	52,0%	31,1%	24,1%	20,8%	2,2%	12,0%	4,7%
99	Mecklenburg-Vorpommern	51,4%	35,7%	23,1%	18,4%	2,7%	6,0%	8,4%

Tabelle: Gewinne und Verluste nach Zweitstimmen absolut

	Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	SPD	CDU	DIE LINKE	FDP	NPD	GRÜNE
1	Greifswald	1.617	-1.974	45	-2.245	-501	-1.909	-376	1.827
2	Neubrandenburg I	-645	-2.836	226	-1.345	-872	-1.112	-293	429
3	Neubrandenburg II	-976	-2.784	206	-1.279	-740	-1.321	-451	475
4	Rostock I	781	-2.691	-343	-1.598	-138	-1.359	-349	955
5	Rostock II	114	-3.019	-634	-1.409	-219	-1.479	-290	1.015
6	Rostock III	988	-2.073	-577	-2.161	-414	-2.081	-328	2.606
7	Rostock IV	1.733	-2.574	-362	-1.915	-422	-2.239	-371	2.152
8	Schwerin I	1.219	-2.958	401	-2.859	-231	-2.046	-392	1.845
9	Schwerin II	-1.968	-3.804	-176	-1.960	-582	-1.206	-433	698
10	Wismar	-897	-3.187	-317	-1.654	-22	-1.924	-318	734
11	Bad Doberan I	-727	-3.907	757	-3.183	-275	-2.468	-760	1.314
12	Bad Doberan II	-240	-2.934	996	-2.807	-50	-2.849	-429	1.424
13	Demmin I	-2.667	-4.393	140	-2.559	-526	-1.577	-545	327
14	Demmin II	-2.724	-4.690	-224	-2.097	-558	-1.433	-936	308
15	Güstrow I	-2.353	-4.414	-162	-2.222	-373	-1.483	-896	445
16	Güstrow II	-2.220	-5.468	-19	-2.467	-613	-2.204	-885	675
17	Ludwigslust I	-979	-3.654	-738	-1.548	-422	-1.320	-491	551
18	Ludwigslust II	-942	-3.915	-225	-2.146	-235	-1.656	-437	649
19	Ludwigslust III	-1.778	-4.334	-238	-2.668	-245	-1.465	-542	614
20	Müritz I	-1.974	-6.342	475	-5.611	-354	-1.754	-894	811
21	Mecklenburg-Strelitz I	-1.960	-3.150	-5	-1.630	-666	-1.291	-557	565
22	Mecklenburg-Strelitz II - Müritz II	-2.782	-3.809	318	-1.950	-306	-1.800	-772	459
23	Nordvorpommern I	-1.994	-3.385	-178	-1.920	-219	-1.523	-392	666
24	Nordvorpommern II	-1.684	-2.120	-181	-770	-244	-906	-338	356
25	Nordvorpommern III - Stralsund I	-2.379	-4.596	-657	-2.255	-527	-1.762	-489	669
26	Stralsund II	12.506	-1.991	-342	-1.114	-273	-1.234	-357	787
27	Nordwestmecklenburg I	-428	-2.880	-166	-2.180	-231	-1.750	-380	1.081
28	Nordwestmecklenburg II	-1.874	-4.871	-62	-2.880	-167	-2.791	-523	1.045
29	Ostvorpommern I	-2.232	-4.234	406	-2.779	-168	-1.811	-911	551
30	Ostvorpommern II	-1.255	-3.989	-405	-2.545	17	-2.021	-606	772
31	Parchim I	-2.676	-4.109	-302	-2.131	-98	-1.697	-794	557
32	Parchim II	-2.351	-4.893	-1.156	-2.565	1	-1.519	-512	797
33	Rügen I								
34	Rügen II	-1.171	-2.974	-113	-1.716	-67	-1.084	-541	423
35	Uecker-Randow I	-2.329	-2.735	-174	-1.809	-172	-1.182	-402	282
36	Uecker-Randow II	-2.717	-3.488	-234	-1.804	-246	-1.192	-649	369
99	MVP-Gesamt	-29.964	-125.175	-4.020	-75.781	-11.158	-58.448	-18.639	29.233

Tabelle: Gewinne und Verluste nach Zweitstimmen in %

	Wahlkreis	Wahlbe- teiligung	SPD	CDU	DIE LINKE	FDP	NPD	GRÜNE
1	Greifswald	-6,4%	2,7%	-6,9%	-0,4%	-7,4%	-1,1%	8,8%
2	Neubrandenburg I	-8,8%	8,0%	-4,7%	-1,3%	-6,4%	-0,8%	3,8%
3	Neubrandenburg II	-8,0%	7,6%	-4,0%	-1,0%	-7,6%	-2,0%	4,3%
4	Rostock I	-8,5%	3,1%	-5,9%	2,7%	-6,6%	-1,0%	6,2%
5	Rostock II	-7,9%	2,3%	-4,6%	2,7%	-6,5%	-0,6%	5,8%
6	Rostock III	-5,9%	0,4%	-6,3%	-0,1%	-7,1%	-0,9%	10,5%
7	Rostock IV	-7,5%	1,7%	-5,6%	0,3%	-8,3%	-1,0%	10,0%
8	Schwerin I	-7,9%	5,0%	-7,6%	0,9%	-6,5%	-0,9%	7,2%
9	Schwerin II	-8,7%	7,0%	-6,9%	1,2%	-6,0%	-1,2%	5,3%
10	Wismar	-7,5%	5,9%	-5,3%	2,7%	-8,7%	-0,7%	4,9%
11	Bad Doberan I	-6,9%	8,1%	-7,1%	1,5%	-7,5%	-1,7%	5,5%
12	Bad Doberan II	-5,8%	7,1%	-6,4%	1,8%	-8,9%	-0,9%	5,7%
13	Demmin I	-9,0%	8,2%	-5,5%	1,7%	-7,7%	-0,9%	3,0%
14	Demmin II	-9,1%	6,8%	-3,4%	1,9%	-6,2%	-3,1%	2,6%
15	Güstrow I	-8,6%	7,1%	-4,6%	1,7%	-6,4%	-3,1%	3,3%
16	Güstrow II	-8,9%	8,4%	-4,5%	1,3%	-7,6%	-2,3%	4,0%
17	Ludwigslust I	-9,1%	4,5%	-4,0%	0,6%	-5,6%	-0,8%	3,7%
18	Ludwigslust II	-9,5%	6,7%	-5,5%	1,7%	-6,8%	-0,8%	4,0%
19	Ludwigslust III	-9,5%	7,5%	-7,9%	2,3%	-5,9%	-1,1%	4,2%
20	Müritz I	-10,7%	11,1%	-13,8%	2,9%	-5,2%	-2,0%	4,5%
21	Mecklenburg-Strelitz I	-5,6%	5,7%	-3,5%	-0,2%	-5,6%	-1,7%	3,8%
22	Mecklenburg-Strelitz II - Müritz II	-5,9%	7,6%	-3,5%	1,6%	-7,5%	-2,2%	3,0%
23	Nordvorpommern I	-6,1%	4,9%	-4,0%	2,0%	-6,5%	-1,0%	4,2%
24	Nordvorpommern II	-4,7%	3,1%	0,6%	1,3%	-6,0%	-1,4%	3,3%
25	Nordvorpommern III - Stralsund I	-7,4%	3,4%	-3,3%	1,6%	-6,4%	-0,8%	3,7%
26	Stralsund II	-20,4%	1,7%	-2,7%	0,6%	-6,9%	-1,5%	6,0%
27	Nordwestmecklenburg I	-5,6%	4,6%	-5,9%	1,2%	-6,4%	-0,8%	5,3%
28	Nordwestmecklenburg II	-7,7%	6,6%	-5,8%	2,3%	-8,7%	-0,8%	4,8%
29	Ostvorpommern I	-7,4%	7,5%	-6,5%	2,7%	-6,9%	-1,8%	3,5%
30	Ostvorpommern II	-6,7%	3,1%	-4,8%	3,2%	-6,9%	-0,4%	3,8%
31	Parchim I	-6,1%	5,2%	-3,8%	2,5%	-6,3%	-2,2%	3,1%
32	Parchim II	-8,6%	3,0%	-5,5%	3,3%	-5,3%	-1,0%	4,5%
33	Rügen I							
34	Rügen II	-7,7%	5,1%	-5,6%	4,3%	-5,7%	-2,3%	3,8%
35	Uecker-Randow I	-4,5%	3,6%	-5,6%	2,5%	-6,0%	0,4%	2,1%
36	Uecker-Randow II	-6,6%	5,1%	-5,2%	2,9%	-6,2%	-1,2%	3,0%
99	Mecklenburg-Vorpommern	-7,9%	5,4%	-5,6%	1,7%	-6,8%	-1,3%	5,0%

Wahlnachtberichte / Die Autoren / Vorbehalt

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt von Benjamin-Immanuel Hoff und Horst Kahrs. Sie erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Landtags-, Bundestags- und Europawahlen.

Die »Wahlnachtberichte« erscheinen nicht im Auftrag einer Partei oder Stiftung oder parteilichen Strömung. Beide Autoren geben in den »Wahlnachtberichten« ausschließlich ihre persönliche Meinung wieder. Für Veranstaltungen stehen beide zur Verfügung.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz

Die Autoren der Wahlnachtberichte stellen diese Bewertung der Wahlen sowie weitere Texte zu Wahlen, Wahlkämpfen u.a. in ihrem Blog zur Verfügung:

<http://wahlanalysen.wordpress.com>.

Die Wahlanalysen können zudem unter www.benjamin-hoff.de abgerufen werden.

Zu den Autoren

Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und Honorarprofessor an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin. Er arbeitet derzeit für DIE LINKE als Staatssekretär im Senat von Berlin. Er lebt zugleich in Berlin.

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist. Er lebt in Berlin.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 04./05. September 2011 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen.

Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *